



zentralafrika aktuell

01 | 2025

Liebe Zentralafrika-Interessierte und Freund:innen des ÖNZ,

die Ereignisse überschlagen sich in der Region der Großen Seen. Nachdem die M23 im Januar zunächst große Gebietsgewinne im Osten der DR Kongo verzeichnen konnte, nahm sie innerhalb weniger Wochen die Millionenstädte Goma und Bukavu, sowie weitere strategisch wichtige Orte, ein. Da die M23 nicht in der Lage war, die Sicherheit der Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu garantieren, ist diese seither mit zunehmender urbaner Kriminalität und Gesetzlosigkeit konfrontiert. Darüber kämpfen die Menschen vor Ort weiterhin mit der sich verschärfenden wirtschaftlichen und humanitären Krise.

Auch in den angrenzenden Ländern ist die Situation kritisch. In Burundi erschweren die wirtschaftlichen Probleme, bedingt durch die hohe Inflation und den Devisenmangel sowie das Erliegen des regionalen Handels, das Leben der Menschen enorm. Ruanda ist unterdessen immer mehr mit internationalen Sanktionen infolge der Unterstützung der M23 konfrontiert.

Hoffnungen auf einen möglichen Frieden in der Region machen jüngst die Verhandlungen in Katar, in Folge derer die kongolesische Regierung und die AFC/M23 erstmals eine gemeinsame Erklärung veröffentlichten, sowie die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der DR Kongo, Ruanda und den USA. In diesem verpflichten sich Kinshasa und Kigali dazu, ihre jeweilige territoriale Souveränität zu respektieren und bis zum 2. Mai einen Entwurf für ein Friedensabkommen vorzulegen.

Der Newsletter „zentralafrika aktuell“ gibt einen Überblick über die Entwicklungen der ersten drei Monate des Jahres in Burundi, der DR Kongo und Ruanda. Besonders im Fokus steht der M23-Konflikt. Daneben werden auch andere Themen aus der Region der Großen Seen behandelt.

Wir wünschen Ihnen/Euch eine aufschlussreiche Lektüre!

Herzliche Grüße aus dem ÖNZ

Inhalt

REGION DER GROSSEN SEEN

- [AFC/M23-Konflikt: unerwartete Eskalation](#)
- [Humanitäre Notlage und Zunahme der Gewalt im Osten der DR Kongo](#)
- [Neue Vermittlungsbemühungen im M23-Konflikt](#)
- [Reaktionen der Vereinten Nationen auf die Gewalteskalation im Osten der DR Kongo](#)

DR KONGO

- [„Sozialpakt für Frieden und Zusammenleben“ der CENCO-ECC](#)
- [Druck auf Tschisekedi nimmt zu](#)
- [Zivilgesellschaft unter Druck - vor allem in besetzten Gebieten](#)

BURUNDI

- [Wirtschaft in schlechter Lage durch Inflation und Devisenmangel](#)
- [Militäreinsatz Burundis in der DR Kongo](#)
- [Flüchtlinge aus der DR Kongo in Burundi](#)

RUANDA

- [Internationale Sanktionen als Reaktion auf Unterstützung der M23](#)

MITTEILUNGEN DES ÖNZ

- [Crashkurs Rohstoffwende 2025 in Berlin - Aluminium & Bauxit](#)
- [Studienreise nach Brüssel: Alles geht vorbei außer der Vergangenheit](#)



Die Region der Großen Seen

AFC/M23-Konflikt: unerwartete Eskalation

Zu Beginn des Jahres hat der Konflikt zwischen der Allianz des Kongoflusses (AFC) und der Bewegung des 23. März (M23) auf der einen und der kongolesischen Armee FARDC und seinen Verbündeten auf der anderen Seite, eine neue, dramatische Wendung genommen. Die von der ruandischen Armee unterstützte M23 startete Ende Dezember eine Großoffensive im Zuge derer sie Goma und Bukavu sowie weitere Teile Nord- und Süd-Kivus unter ihre Kontrolle brachte. Die FARDC, welche im Kampf gegen die M23 ein Bündnis aus bewaffneten Gruppen und freiwilligen Kämpfern (bekannt unter dem Namen „Wazalendo“), Söldnergruppen, burundischen Soldaten und Truppen der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC) geschmiedet hatte, war nicht in der Lage den Vormarsch aufzuhalten. Hintergrund der Eskalation war die Blockade der von Angola angeführten Vermittlungsbemühungen im Rahmen des Luanda-Prozesses. Nachdem ein am 15. Dezember anberaumtes Treffen zwischen Félix Tshisekedi und Paul Kagame vom ruandischen Präsidenten abgesagt wurde, startete die M23 die Offensive.

Die M23 rückte zunächst auf Goma vor und nahm die Hauptstadt der Provinz Nord-Kivu Ende Januar ein. Die Einnahme Gomas war begleitet von heftigen Kämpfen mit bis zu 3.000 Toten und einem anhaltendem Sicherheitsvakuum. Seither ist die Bevölkerung mit zunehmender urbaner Kriminalität und einer sich verschärfenden wirtschaftlichen und humanitären Krise konfrontiert.

Nach Goma nahm die M23 Mitte Februar mit Kavumu den für die Versorgung mit Nachschub wichtigen Flughafen der Provinz Süd-Kivu ein, marschierte dann in Bukavu, der Hauptstadt der Provinz Süd-Kivu, ein und rückte bis in das 45km weiter südliche gelegene Kamanyola im Dreiländereck DR Kongo, Burundi und Ruanda vor. Wenngleich die M23 keinen Angriff auf die in unmittelbarer Nähe Bujumburas gelegene Stadt Uvira startete, verbündeten sich im März Twirwaneho genannte Milizen mit der M23. Sie kämpfen seither in den weiter südlich gelegenen Mittel- und Hochebenen der Territorien Uvira und Fizi an der Seite der M23 gegen die kongolesische Armee, Wazalendo sowie mehrere Tausend burundische Soldaten.

Auch in anderen Teilen Nord-Kivus rückte die M23 weiter vor und eroberte weitere Gebiete. Während sich die Gebietsgewinne im Territorium Lubero

im Norden in Grenzen hielten, brachte sie Ende März die 130 km westlich von Goma gelegene Stadt Walikale unter ihre Kontrolle. Walikale ist strategisch wichtig, weil es an der Hauptverkehrsstraße nach Kisangani, der Hauptstadt der Provinz Tshopo und fünftgrößten Stadt der DR Kongo, liegt. Außerdem ist Walikale eine Drehscheibe für das in dem Gebiet abgebaute Gold und Zinn. Nachdem ein angekündigter Rückzug aus Walikale zunächst nicht in die Tat umgesetzt wurde, zog die M23 sich letztlich doch aus der Stadt zurück, um die in der Zwischenzeit von Doha initiierten Vermittlungsgespräche nicht zu gefährden.

[zurück zum Inhalt](#)

Humanitäre Notlage und Zunahme der Gewalt im Osten der DR Kongo

Aufgrund der mit der Offensive der AFC/M23 verbundenen Gewalteskalation hat sich die humanitäre Lage im Osten der DR Kongo massiv verschlechtert. Den Kämpfen fielen bis zu 7000 Menschen zum Opfer, Hunderttausende weitere wurden vertrieben. Die Zahl der intern Vertriebenen in Nord-Kivu, Süd-Kivu und Ituri ist laut WHO auf 5.6 Millionen angestiegen, bis zu Einhunderttausend haben Zuflucht in Nachbarländern gesucht (insbesondere in Burundi). Nachdem die M23 die Vertriebenenlager rund um Goma geräumt hat, waren bis zu 800.000 Menschen gezwungen in ihre teilweise völlig zerstörten Dörfer zurückzukehren.

Die grundlegenden Bedürfnisse vieler Menschen können aufgrund der Zerstörungen, Plünderungen sowie des beschränkten Zugangs nur unzureichend gedeckt werden. So wird die Bereitstellung humanitärer Hilfe durch die mit der Einnahme Gomas einhergehende Schließung des internationalen Flughafens erheblich erschwert. Auch ist der Zugang zu Gesundheitsversorgung oder sauberem Trinkwasser vielerorts nicht gegeben. Nach der Zerstörung von Gesundheitszentren in Goma und Bukavu gibt es nur noch wenige funktionierende Krankenhäuser. Der Mangel an medizinischen Einrichtungen in Verbindung mit der nunmehr mehrere Wochen andauernden Schließung von Banken in den von der AFC/M23 besetzten Gebieten schränkt den Zugang zu medizinischer Versorgung noch weiter ein. Darüber hinaus besteht ein erhöhtes Risiko, dass sich Epidemien, die bereits vor der Krise aufgetreten waren, ausbreiten. So haben die Gesundheitsbehörden in Nord-Kivu zwischen Januar und Mitte März verglichen mit demselben Zeitraum im Jahr 2024 etwa 614 zusätzliche Cholerafälle gemeldet. Der Konflikt hat zudem zu einem signifikanten Anstieg der Gewalt gegen Frauen und Kinder geführt. Das UN-Kinderhilfswerk UNICEF berichtet von gewaltsamen Übergriffen, der Massenrekrutierung von Kindern, Massenentführungen sowie dem Einsatz sexueller Gewalt als Kriegswaffe.

[zurück zum Inhalt](#)

Neue Vermittlungsbemühungen im M23-Konflikt

Nach der Blockade der von Angola im Rahmen des Luanda-Prozesses angeführten Vermittlungsbemühungen und der anschließenden Gewalteskalation im Januar bemühen sich verschiedene Akteure um eine Deeskalation des Konflikts. Mitte März kündigte Angola direkte Gespräche zwischen der kongolesischen Regierung und der M23 an, die jedoch von der M23 aufgrund der Verhängung von Sanktionen der EU gegen ruandische Offizielle sowie Führungspersonlichkeiten der M23 abgesagt wurden. Daraufhin zog sich der angolische Präsident João Lourenço endgültig als Vermittler der Afrikanischen Union (AU) zurück. Seine Rolle übernahm Mitte April der togolesische Präsident Faure Gnassingbé.

Die Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC) und die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC) wiederum beschlossen auf zwei gemeinsamen Sondergipfeln die Ernennung eines Vermittlerteams aus fünf ehemaligen afrikanischen Staatsoberhäuptern, das einen regionalen Vermittlungsprozess leiten soll. Zu den Vermittlern gehören die ehemaligen Präsidenten Kenias, Uhuru Kenyatta, Nigerias, Olusegun Obasanjo, Südafrikas, Kgalema Motlanthe, der Zentralafrikanischen Republik, Catherine Samba Panza und Äthiopiens, Sahle-Work Zewde. Ihre Aufgabe ist es u.a. die beschlossene Zusammenlegung der Prozesse von Nairobi und Luanda umzusetzen. Im März beschloss die SADC außerdem ihre Mission zur Unterstützung der kongolesischen Armee zu beenden und die Truppen schrittweise abziehen.

Zur allgemeinen Überraschung übernahm Katar schließlich im März die Initiative und vermittelte in Person des Emirs Tamin Ben Ahmad Al Thani am 18. März ein Treffen zwischen Félix Tshisekedi und Paul Kagame. Das Treffen legte zunächst den Grundstein für weitere Gespräche zwischen Vertretern des kongolesischen Sicherheitsapparats und der M23, die in einer gemeinsamen Erklärung mündete, der zufolge beide Parteien „auf einen Waffenstillstand hinarbeiten“. Schließlich unterzeichneten am 25. April in Washington D.C. die Außenministerin der DR Kongo, der Außenminister Ruandas sowie der Außenminister der USA eine Erklärung, in der sich die Regierungen der DR Kongo und Ruandas dazu verpflichteten, ihre jeweilige Souveränität zu respektieren und bis zum 2. Mai einen Entwurf eines Friedensabkommens vorzulegen.

[zurück zum Inhalt](#)

Reaktionen der Vereinten Nationen auf die Gewalteskalation im Osten der DR Kongo

Die Gewalteskalation im M23-Konflikt löste auf vielen Ebenen starke Reaktionen aus. Die Vereinten Nationen riefen angesichts der eskalierenden Gewalt im M23-Konflikt wiederholt zu einem sofortigen Waffenstillstand und zur Aufnahme von Friedensverhandlungen auf. So nahm der UN-Sicherheitsrat am 21. Februar einstimmig eine von Frankreich ausgearbeitete Resolution an, in der Ruanda erstmals explizit aufgefordert wird, seine Truppen aus der DR Kongo abziehen und jegliche Unterstützung der M23 einzustellen. Die Resolution betont die territoriale Integrität der DR Kongo und fordert eine Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen.

Zudem beschloss der UN-Menschenrechtsrat am 7. Februar im Rahmen einer Sondersitzung eine Untersuchung mutmaßlicher Menschenrechtsverletzungen einzuleiten, die im Kontext der Kämpfe in Nord- und Süd-Kivu begangen wurden. In einer von der DR Kongo selbst

beantragten Dringlichkeitssitzung nahm der Menschenrechtsrat außerdem eine Resolution an, in der die M23 aufgefordert wird, sich aus den von ihr besetzten Gebieten zurückzuziehen und Zugang für humanitäre Hilfslieferungen zu ermöglichen.

[zurück zum Inhalt](#)



Burundi

Wirtschaft in schlechter Lage durch Inflation und Devisenmangel

Burundis Wirtschaft befindet sich seit der internationalen Isolation des Landes infolge der politischen Krise von 2015 in einer anhaltend schwierigen Lage. Das Land leidet unter einem zunehmenden Mangel an Devisen sowie einer hohen Inflationsrate. Da der Import von Gütern nur begrenzt aufrechterhalten werden kann und die Inflation die Preise stark steigen lässt, sind zahlreiche Waren kaum noch zu erschwinglichen Preisen erhältlich.

Vor allem einkommensschwache Haushalte leiden unter der Lebensmittelteuerung. Steigende Preise für importierte Waren und landwirtschaftliche Betriebsmittel sowie höhere Kraftstoff- und Transportkosten haben zur Folge, dass die Armut im Land weiter zunimmt, und die Zahl der Menschen, die unter akuter Ernährungsunsicherheit leiden, kontinuierlich wächst.

Daneben ist Burundis Exportniveau trotz seines wirtschaftlichen Potenzials sehr niedrig. Die Exporteinnahmen decken lediglich 13% der Importkosten, was das Land stark von Auslandshilfe, Tourismus und Überweisungen aus der Diaspora abhängig macht. Diese Abhängigkeit wurde bereits 2016 deutlich, als die internationale Gemeinschaft Sanktionen wegen massiver Menschenrechtsverletzungen verhängte und Entwicklungspartner ihre Finanzhilfen reduzierten oder ganz einstellten. In der Folge sank die jährliche Auslandshilfe von 842 Millionen US-Dollar im Jahr 2016 auf 425 Millionen US-Dollar im Jahr 2023. Entsprechend gingen die Devisenreserven zurück, was die Importfähigkeit des Landes erheblich einschränkte.

Hinzu kommt eine deutliche Abwertung der nationalen Währung, des Burundi-Franc, welche die Preise für importierte Waren weiter steigen lässt und die Lebenshaltungskosten der Bevölkerung erhöht. Während die burundische Zentralbank von einer Inflationsrate von 36% ausgeht, ist die tatsächliche Kaufkraft deutlich geringer. So entspricht das Gehalt eines Lehrers (500.000 Burundi-Francs) nach offiziellen Angaben etwa 172 US-Dollar, nach der Tauschrate auf dem Schwarzmarkt allerdings nur etwa 62 US-Dollar. Auch die Preise für Lebensmittel sind deutlich höher als offiziell angegeben. So kostet ein Kilo Mais offiziell 1700 Burundi-Francs (im Vergleich zu 680 Burundi-Francs in 2021), praktisch wird es allerdings für 4200 Burundi-Francs verkauft.

Erschwerend kommt hinzu, dass der Krieg im Osten der DR Kongo den grenzüberschreitenden Handel mit Burundi lähmt. Durch die jüngste Verschärfung des Konflikts kam der zuvor intensive Personen- und Warenverkehr zwischen den beiden Ländern abrupt zum Erliegen, was die Handelsaktivitäten erheblich beeinträchtigt. Die wirtschaftliche Lage Burundis bleibt angespannt, und ohne tiefgreifende Reformen zur Stärkung von Produktion und Exporten wird das Land weiterhin stark von externer Unterstützung abhängig bleiben.

[zurück zum Inhalt](#)

Militäreinsatz Burundis in der DR Kongo

Seit Oktober 2023 hat Burundi tausende Soldat:innen in die DR Kongo entsandt, um die kongolesische Armee im Kampf gegen die M23 zu unterstützen. Die burundischen Truppen gelten als wichtige Verbündete Kinshasas, doch ihre Präsenz stößt zunehmend auf Kritik.

Nach der Einnahme von Bukavu durch die M23 Mitte Februar 2025 zogen sich die burundischen Truppen in weiter südlich gelegene Gebiete der Provinz Süd-Kivu zurück. Während die M23 die burundischen Truppen zu einem kompletten Rückzug aufforderte, entsandte Burundi weitere Einheiten, womit die Gesamtzahl der Soldat:innen auf bis zu 10.000 anstieg. Für die Bezahlung der burundischen Truppen kommt die kongolesische Regierung auf, allerdings erreicht nur wenig des Geldes tatsächlich die Soldat:innen. Durch die geringe Bezahlung sinkt die Bereitschaft der Soldat:innen erheblich, weiter in der komplexen Gemengelage im Osten der DR Kongo im Einsatz zu sein.

Die burundische Armee erleidet außerdem erhebliche Verluste. Mehrere Gefechte kosteten Dutzenden Soldat:innen das Leben, viele weitere wurden verletzt. Gleichzeitig steigt die Angst vor einer direkten Konfrontation mit Ruanda, welches die M23 unterstützt. Präsident Évariste Ndayishimiye erklärte Ruanda am 11. Februar 2025 offiziell zum "Feind Burundis" und warnte vor einer weiteren Eskalation und der Gefahr eines regionalen Krieges.

Sowohl die Korruption als auch die hohen Verluste führen unterdessen in der burundischen Armee zu immer größer werdendem Widerstand. Es häufen sich Berichte über Befehlsverweigerung, Desertationen und harte Disziplinarmaßnahmen. Bereits im Juli 2024 sprach ein UN-Bericht von rund 500 inhaftierten Soldat:innen, die wegen Befehlsverweigerung verurteilt wurden. Dies ist auch aktuell wieder zu beobachten. Am 6. Februar 2025 verhängte ein burundisches Militärgericht in Rumonge gegen 272 Soldat:innen Haftstrafen zwischen vier Jahren und lebenslänglich.

Mitte März fanden unterdessen Verhandlungen zwischen den burundischen und ruandischen Geheimdiensten statt, mit der Hoffnung die Spannungen zwischen den beiden Ländern zu reduzieren und die seit Januar 2024 geschlossene Grenze zwischen den Nachbarstaaten wieder zu öffnen. Nachdem Präsident Ndayishimiye Ruanda vorwarf einen Angriff auf Burundi vorzubereiten, endeten diese Verhandlungen allerdings wieder. Trotz dieser militärischen Rückschläge bleibt Burundi ein wichtiger militärischer Partner der kongolesischen Armee im Osten der DR Kongo.

[zurück zum Inhalt](#)

Flüchtlinge aus der DR Kongo in Burundi

Die anhaltenden Kämpfe in der DR Kongo haben eine Flüchtlingswelle in Burundi ausgelöst. Immer mehr Menschen aus den umkämpften Gebieten im Osten der DR Kongo fliehen nach Burundi, um der Gewalt zu entkommen. Laut dem UNHCR sind in den ersten Monaten des Jahres 2025 bereits über 85.000 Flüchtlinge in Burundi angekommen – Tendenz steigend. Allein an dem Wochenende, an dem die M23 Bukavu einnahm, trafen den Angaben der burundischen Behörden und mehrerer humanitärer Organisationen zufolge mehr als 10.000 Kongoles:innen in Burundi ein.

Viele von ihnen erreichten Burundi mit kaum mehr als den Kleidern, die sie am Körper trugen. Die humanitäre Lage ist besorgniserregend, da die Ressourcen für die Versorgung der Flüchtenden begrenzt sind. Die burundische Regierung hat Flüchtlingslager in den Provinzen Cibitoke, Bubanza und Makamba errichtet, doch diese sind bereits überfüllt. Hilfsorganisationen warnen vor einer humanitären Katastrophe, da es an Nahrung, Wasser und medizinischer Versorgung fehlt. Insbesondere die Gesundheitslage ist alarmierend: In mehreren Lagern sind bereits Cholera-Fälle gemeldet worden.

[zurück zum Inhalt](#)



DR Kongo

„Sozialpakt für Frieden und Zusammenleben“ der CENCO-ECC

Vor dem Hintergrund der andauernden Konflikte in der DR Kongo haben die katholische Bischofskonferenz (CENCO) und der Zusammenschluss der protestantischen Kirchen, die Église du Christ au Congo (ECC), gemeinsam den „Sozialpakt für Frieden und Zusammenleben in der DR Kongo und in der Region der Großen Seen“ ins Leben gerufen. Diese Initiative zielt darauf ab, ein friedliches und soziales Zusammenleben in der DR Kongo zu fördern, den anhaltenden Konflikten im Osten des Landes entgegenzuwirken und den Frieden in der Region wiederherzustellen.

Die CENCO-ECC stellte die als Sozialpakt bezeichnete Initiative am 20. Februar öffentlich vor und forderte zu einem nationalen Dialog auf. Zuvor hatte sich die Koalition Anfang Februar mit Präsident Tshisekedi und Vertreter:innen der Opposition getroffen. Am 12. Februar traf sich die Gruppe mit Corneille Nangaa, dem Chef der mit der M23 verbundenen Alliance Fleuve Congo (AFC) in Goma und am nächsten Tag mit dem ruandischen Präsidenten Kagame.

Der Sozialpakt beruht auf einem in drei Phasen gegliederten Prozess. In der ersten Phase sollen thematische Kommissionen, bestehend aus kongolesischen Expert:innen und unabhängigen Wissenschaftler:innen, kurz- und mittelfristige Lösungsansätze erarbeiten. Im zweiten Schritt soll ein „Nationales Konsensforum“ einberufen werden, in dem eine Charta ausgearbeitet werden soll, welche die Empfehlungen der thematischen Kommissionen zusammenführt. Die Charta soll ein Bezugssystem für die kongolesische Regierung sowie einen Vertrag für ein gelungenes Zusammenleben bilden. Als dritten Schritt soll dieser Prozess auf die gesamte Region ausgeweitet werden und eine „Internationale Konferenz für Frieden, gemeinsame Entwicklung und ein gutes Zusammenleben in der Region der Großen Seen“ abgehalten werden.

Die Ordensträger stellten klar, dass ihre Rolle darin bestehe, einen Rahmen für Dialog anzubieten, es aber den Beteiligten des Konfliktes überlassen sei, den Inhalt und den Ort der Gespräche zu bestimmen. Ziel ist es, die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden zu schaffen und das friedliche Zusammenleben in der DR Kongo und der gesamten Region der Großen Seen zu fördern.

Druck auf Tshisekedi nimmt zu

Inmitten der wachsenden Sicherheitskrise im Osten der DR Kongo steht Präsident Félix Tshisekedi unter immensem Druck. Während die Bewegung M23 mit Unterstützung Ruandas Goma und Bukavu eingenommen hat, ergriff der Präsident verschiedene Maßnahmen, um seine politische Macht zu stärken. Eine zentrale Veränderung betrifft den Umbau seiner Parteienallianz Union sacrée de la nation. Das Präsidium der seit Dezember 2020 bestehenden Allianz wurde Anfang März von sechs auf 40 Mitglieder erweitert, um die verschiedenen politischen Kräfte des sehr heterogenen Bündnisses stärker einzubinden. Neben bestehenden Mitgliedern wie Augustin Kabuya, Jean-Pierre Bemba, Sama Lukonde und Vital Kamerhe wurden nun auch weitere Persönlichkeiten aufgenommen. Dazu zählen Vertreter:innen von Parteien, die mindestens sieben Sitze im Parlament oder Senat gewonnen haben, sowie enge Vertraute des Präsidenten.

Neben der Umstrukturierung der Union sacrée nahm Tshisekedi auch bedeutende Änderungen in seinem Kabinett vor. Während zentrale politische Akteure ihre Positionen behielten, setzte der Präsident enge Vertraute und sogar Familienmitglieder auf Schlüsselposten. So erhielt seine Tochter Christina Tshisekedi Tshika eine Position als persönliche Sekretärin, während seine Schwägerin Isabelle Kibassa zur Botschafterin ernannt wurde.

Während Tshisekedi betont, dass diese Entscheidungen der nationalen Einheit dienen sollen, hat die kongolesische Opposition auf die jüngsten Entscheidungen mit Kritik reagiert. Insbesondere die Erweiterung des Präsidiums gibt Anlass zur Sorge, dass in der Union sacrée persönliche Interessen einzelner Akteure über das nationale Interesse gestellt werden.

Neben den Reaktionen auf die Regierungsumbildung erregt auch das politische Comeback des ehemaligen Präsidenten Joseph Kabila große Aufmerksamkeit. Nach einer Phase relativer Zurückhaltung zeigte Kabila in den letzten Monaten verstärkt Präsenz, was Spekulationen über seine zukünftige Rolle in der kongolesischen Politik nährt. Er hat sich zuletzt mehrfach mit politischen Verbündeten getroffen und Berichten zufolge Gespräche über eine mögliche Neuausrichtung seiner Parteienallianz, dem Front Commun pour le Congo (FCC), geführt. Seine Rückkehr wird als Herausforderung für Tshisekedi gewertet, da Kabila weiterhin über ein starkes politisches Netzwerk und Einfluss verfügt. Ende April wurde über eine bisher nicht bestätigte Reise Kabilas nach Goma berichtet, welches von der AFC/M23 besetzt ist. Die kongolesische Regierung wertete Kabilas Reise als Hinwendung zur M23 und reagierte mit der Beschlagnahmung der Besitztümer Kabilas sowie der Suspendierung seiner Partei, der Parti du Peuple pour la Reconstruction et la Démocratie (PPRD).

Zivilgesellschaft unter Druck - vor allem in den besetzten Gebieten

Seit der Besetzung Gomas durch die M23 Ende Januar wurden zahlreiche Journalist:innen und Aktivist:innen bedroht, willkürlich festgenommen und in einigen Fällen Opfer von Gewalt. Aus einem im März veröffentlichten Bericht von Human Rights Watch (HRW) geht hervor, dass die M23 seit langem auf Drohungen und Einschüchterung zurückgreift, um den Zugang der Bevölkerung zu Informationen zu beschränken und kritische Stimmen einzuschüchtern. Viele Medienschaffende sehen sich daher gezwungen, ihre Arbeit einzustellen oder unter strenger Selbstzensur fortzusetzen, um Repressalien zu vermeiden. Einige wurden gezwungen, in den Untergrund zu gehen oder Goma zu verlassen, während andere unter schwierigen Bedingungen weiterarbeiten.

Einige bedrohte Journalist:innen und Aktivist:innen versuchten über Ruanda zu fliehen, konnten der M23 aber nicht entkommen. So dokumentierte HRW mehrere Fälle, in denen Menschenrechtsaktivist:innen von den ruandischen Behörden festgenommen und an die M23 überstellt wurden, weil ihre Arbeit als gegen die M23 gerichtet angesehen wurde.

Seitdem die M23 Nord-Kivu sowie Teile Süd-Kivus eingenommen hat, nimmt der Druck auf kritische Stimmen zu. Der Tod des Sängers Delcat Idengo am 13. Februar in Goma und des Aktivisten der Jugendbewegung La Lucha, Pierre Katema Byamungu, am 12. Februar im Gebiet Kalehe in Süd-Kivu stehen beispielhaft für diese Entwicklung. Insbesondere junge Männer stehen unter Verdacht, mit oppositionellen Gruppen oder der kongolesischen Armee zu sympathisieren. Dies führt dazu, dass sie häufig Ziel von Einschüchterungen, willkürlichen Verhaftungen oder sogar Zwangsrekrutierungen durch die M23 werden. Die allgemeine Unsicherheit und das gegenseitige Misstrauen erschweren das tägliche Leben für die Zivilbevölkerung erheblich.

[zurück zum Inhalt](#)



Ruanda

Internationale Sanktionen als Reaktion auf Unterstützung der M23

Aufgrund seiner völkerrechtswidrigen Unterstützung der M23 geriet Ruanda zunehmend auf internationaler Ebene in den Fokus der Kritik. Neben u.a. den Vereinten Nationen und dem UN-Menschenrechtsrat ergriffen auch einige Länder, mit denen Ruanda eigentlich partnerschaftliche Beziehungen pflegt – darunter Großbritannien, die USA, Kanada und Deutschland – relativ schnell, relativ einschneidende Maßnahmen, um Ruanda unter Druck zu setzen. Nach längerem Hin und Her folgte dann auch die Europäische Union diesen Ländern und verhängte Mitte März Sanktionen.

Am 25. Februar 2025 kündigte der britische Außenminister David Lammy die Aussetzung der bilateralen Hilfe für Ruanda an und warnte Präsident Paul Kagame, dass dessen Unterstützung der M23 die internationalen Hilfen in Höhe von über insgesamt 1 Milliarde US-Dollar gefährde. Die Aussetzung bilateraler Hilfen markierte einen Bruch mit der bisherigen unterstützenden britischen Politik gegenüber Ruanda, im Zuge derer Ruanda zum Aushängeschild der Tories wurde, als es 2022 einem britischen Ersuchen zustimmte, Asylbewerber nach Ruanda zu schicken.

Auch die US-Regierung forderte die ruandische Regierung auf, ihre Truppen aus der DR Kongo abzuziehen, und verhängte am 20. Februar Sanktionen gegen James Kabarebe, den Ex-Verteidigungsminister Ruandas und derzeitigen Staatsminister für regionale Integration im Außenministerium, sowie gegen den Sprecher der M23, Lawrence Kanyuka Kingston und zwei mit ihm verbundene Unternehmen. Die USA warfen Kabarebe vor, maßgeblich für die Organisation der Unterstützung der M23 durch die ruandische Armee verantwortlich zu sein. Die ruandische Regierung wies die Sanktionen und Vorwürfe entschieden zurück und bezeichnete diese Maßnahmen als unbegründet und betonte ihre Solidarität mit Kabarebe.

Kanada wiederum setzte am 3. März neue staatliche Wirtschaftskooperationsprojekte und Exportgenehmigungen für Ruanda aus und kündigte die Teilnahme kanadischer Regierungsvertreter:innen an internationalen Veranstaltungen in Ruanda zu überprüfen. Am 4. März folgte Deutschland mit der Entscheidung keine neuen finanziellen Zusagen zu machen, die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit Ruanda zu überprüfen und nicht mehr mit hochrangigen Persönlichkeiten

an von der ruandischen Regierung organisierten Veranstaltungen zur Entwicklungszusammenarbeit teilzunehmen.

Schließlich beschloss die EU am 17. März 2025 Sanktionen gegen drei Generäle der ruandischen Armee sowie den Leiter der ruandischen Rohstoffbehörde zu verhängen. Zudem wurden Maßnahmen gegen eine Goldraffinerie in Ruanda ergriffen. Eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung dieser Sanktionen spielte Belgien. Als Reaktion darauf brach Ruanda seine diplomatischen Beziehungen zu Belgien ab und verwies belgische Diplomaten des Landes. Zuvor hatte Luxemburg die Annahme von Sanktionen gegen Ruanda verzögert, indem es am 24. Februar 2025 im Europäischen Parlament als einziges EU-Mitgliedsland ein Veto einlegte. Zusätzlich zu den Sanktionen hat die EU die Verteidigungskonsultationen mit Ruanda ausgesetzt und überprüft derzeit das Abkommen über kritische Mineralien mit dem Land.

[zurück zum Inhalt](#)

Mitteilungen

10.-11.07.2025

Crashkurs Rohstoffwende 2025 in Berlin - Aluminium & Bauxit

Als Mitglied des AK Rohstoffe möchte wir Sie gerne auf den Crashkurs zur Rohstoffwende aufmerksam machen, der vom 10. bis zum 11. Juli in Berlin stattfindet. Ausgerichtet wird dieser von PowerShift und beschäftigt sich in diesem Jahr mit Aluminium und dessen Rolle für die Rohstoffwende.

[mehr](#)

23.-26.06.2025

Studienreise nach Brüssel: Alles geht vorbei außer der Vergangenheit

Der Evangelische Kirchenkreis Steinfurt-Coesfeld-Borken veranstaltet anlässlich des 140. Jahrestages der Berliner Konferenz ("Kongo-Konferenz"), die zur Aufteilung Afrikas unter den europäischen Mächten führte, eine Studienreise nach Brüssel. Ziel ist das Verständnis der kolonialen und postkolonialen Geschichte Afrikas, die Analyse der europäischen Dekolonisationspolitik und die Reflexion über die zeitgenössischen Auswirkungen der Berliner Konferenz.

[mehr](#)

[zurück zum Inhalt](#)

zentralafrika aktuell erscheint 4x jährlich.

Die Inhalte des Newsletters geben die Meinung der Autoren wieder und entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung der Redaktion oder der Mitgliedsorganisationen.

Redaktion: Ciaran Wrons-Passmann, Ronja Fink, Thomas Hansen
V.i.S.d.P.: Ciaran Wrons-Passmann

Fotos:

Header: Philémon Barbier

Region der Großen Seen: ÖNZ

Burundi: Philémon Barbier

DR Kongo: Philémon Barbier

Ruanda: Ciaran Wrons-Passmann

[zurück zum Inhalt](#)

önz ökumenisches netz
zentralafrika e.V.

Ökumenisches Netz Zentralafrika

Schöneberger Ufer 61, 10785 Berlin

Fon: 0049 30 48625700 office@oenz.de

[Datenschutzerklärung](#)

Wenn Sie diese E-Mail (an: {EMAIL}) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.